zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ

Unsere Gemeinde

Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
St. Veit an der Gölsen

Ausgabe · Juli 2026 | 561152/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Budgetloch in St. Veit:

SPÖ belastet Bevölkerung

Nicht nur auf Bundesebene herrscht ein heilloses Schuldenchaos, auch um die St. Veiter Gemeindefinanzen ist es alles andere als rosig bestellt.

Seite 3

Jahresmiete für Kindergarten:

FPÖ fordert Reduktion

Die Mietkosten haben es in sich: Unglaubliche 124.000 Euro an „Miet- und Pachtaufwand“ sind im Jahr 2026 für den Kindergarten vorgesehen.

Seite 4

Integration ist Pflicht, keine Option:

Integrationskodex

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen.

Seite 8





Vorwort von Ortsparteiobmann GR Arno Schönthaler, BA:

Liebe St. Veiterinnen und St. Veiter!

In den letzten Monaten hat sich viel in unserer Gemeinde getan, gerade auch im politischen Bereich. Erfreulich ist, dass die Arbeiten für die Errichtung des Hochwasserschutzes in Kropfsdorf bereits in vollem Gange sind und ein Informationsabend zum geplanten gemeindeübergreifenden Wertstoffsammelzentrum abgehalten wurde, den viele interessierte Bürger besucht haben.

Weniger erfreulich ist die äußerst angespannte Finanzsituation unserer Gemeinde und fast noch schlimmer, wie die SPÖ-Gemeindeführung rund um Bürgermeister Fischer darauf reagiert hat: Ihr Haushaltssanierungskonzept basiert vor allem auf Erhöhungen von Gebühren und Abgaben für die Bevölkerung, während ausgabenseitig kaum gespart wird. Für uns Freiheitliche ist das der falsche Weg. Unsere Gemeinde St. Veit hat kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem und deshalb haben wir im Gemeinderat auch dagegengehalten und Wege aufgezeigt, wie sparen im System ohne Belastungen der Bürger funktioniert.

Gerade die Mietkosten für den Kindergarten in Wiesenfeld, die im Vorjahr sage und schreibe rund 112.000 Euro betrugen, wären hier ein Punkt, an dem man ansetzen sollte, gerade auch im Sinne eines sparsamen Umgangs mit Steuergeld. Auch die Senkung der Bezüge der Gemeindepolitiker wäre angesichts der tristen Finanzsituation angebracht gewesen. Die SPÖ blockte unsere freiheitlichen Initiativen dazu aber im Gemeinderat ab.

Bemerkenswert war auch die plötzliche und doch recht fadenscheinige Kehrtwende der SPÖ bei der Online-Übertragung des öffentlichen Teils von Gemeinderatssitzungen, die wir Freiheitliche gefordert hatten. Trotz zuvor zwei beschlossenen FPÖ-Anträgen dafür war die SPÖ dann letztendlich doch dagegen – und auch die ÖVP. Mehr Transparenz, mehr Bürgerbeteiligung und der einfache digitale Zugang zu den Gemeinderatsdebatten für die Bevölkerung scheinen den beiden Parteien ein Dorn im Auge zu sein.

Umso mehr bewahrheitet sich damit wieder, dass Macht Kontrolle braucht. Und dieser wichtigen Aufgabe wollen wir St. Veiter Freiheitliche auch weiterhin mit voller Kraft aus der Verantwortung für unsere Heimat heraus nachkommen.

Abschließend wünsche ich Ihnen und Ihren Familien einen sonnigen und erholsamen Sommer!

„Budgetloch“ in St. Veit:

SPÖ belastet die Bevölkerung, FPÖ fordert sparen im System

Nicht nur auf Bundesebene herrscht ein heilloses Schuldenchaos, auch um die St. Veiter Gemeindefinanzen ist es alles andere als rosig bestellt.

Für das Haushaltsjahr 2026 wurde SPÖ-Bürgermeister Fischer sogar vom Land Niederösterreich aufgefordert, ein Haushaltskonsolidierungskonzept zu erstellen, um die aus dem Ruder laufende Finanzsituation wieder in den Griff zu bekommen. Dieses wurde gemeinsam mit dem Budgetvoranschlag für 2026 im Gemeinderat beschlossen – beides gegen die Stimmen der FPÖ.

Denn wie die Verlierer-Ampel im Bund, setzt die SPÖ auch in St. Veit den Rotstift fast nur bei den Bürgern an, wie unser FPÖ-Klubsprecher Gemeinderat Arno Schönthaler kritisierte: „Das von der SPÖ-Gemeindeführung vorgelegte Haushaltskonsolidierungskonzept ist ein einziges Bürgerbelastungspaket. Es besteht fast ausschließlich aus Gebühren- und Abgabenerhöhungen, zum Beispiel bei Wasser, Kanal und Müll, und der Erhöhung der Beiträge für die Kindernachmittagsbetreuung. Das ist weder der Bevölkerung zumutbar noch löst es das Defizitproblem. Unsere Gemeinde hat nämlich kein Einnahmenproblem, sondern ein massives Ausgabenproblem!“

706.000 Euro Defizit weist der Budgetvoranschlag für 2026 aus, für das 835.700 Euro aus den Rücklagen – der „eisernen Reserve“ – entnommen werden müssen. Für die nächsten Jahre sind weiterhin steigende Defizite veranschlagt und 2030 soll es sogar 1,5 Millionen Euro betragen. Davor hat sogar der Prüfungsausschuss gewarnt.

FPÖ-Anträge für Senkung der Gemeinderatsbezüge und der irren Miete für den Kindergarten Wiesenfeld wurden abgelehnt!

Dass sparen im System, ohne die Bevölkerung zu belasten, möglich ist, zeigten die Freiheitlichen mit zwei konkreten Anträgen: Einerseits mit der Senkung der Bezüge des Vizebürgermeisters, der Mitglieder des Gemeindevorstands und der Gemeinderäte und andererseits mit der Forderung nach der sofortigen Aufnahme von Verhandlungen mit der „Allgemeinen gemeinnützigen Wohnungsgenossenschaft St. Pölten“ für eine Senkung der irrwitzig hohen Miete für den Kindergarten in Wiesenfeld.





Absurd: 124.000 Euro Jahresmiete für den Kindergarten in Wiesenfeld – Freiheitliche fordern sofortige Reduktion

Bekanntlich entschied sich die SPÖ-Gemeindeführung dazu, das Gebäude für den 2023 eröffneten Kindergarten in Wiesenfeld nicht selbst zu errichten, sondern ließ dies die „Allgemeine gemeinnützige Wohnungsgenossenschaft St. Pölten“ als Bauträger durchführen. In Folge hat sich die Gemeinde für 75 Jahre in dieses Gebäude eingemietet.

Und die Mietkosten haben es in sich: Unglaubliche 124.000 Euro an „Miet- und Pachtaufwand“ sind im Jahr 2026 für den Kindergarten vorgesehen. Laut Rechnungsabschluss für das Jahr 2025 zahlte die Gemeinde 111.785,64 Euro an Miete. „Das sind rund 10.000 Euro Mietkosten pro Monat, die die SPÖ die Steuerzahler berappen lässt, ohne dass auch nur ein Ziegelstein des Gebäudes jemals der Gemeinde gehört. Kein vernünftiger Mensch würde privat so einen Mietvertrag eingehen“, so unser Gemeinderat Arno Schönthaler.

SPÖ lehnt FPÖ-Antrag für Verhandlungen für Mietensenkung auf ortsübliches Niveau ab

In zwei Gemeinderatssitzungen brachten die Freiheitlichen Anträge ein, die SPÖ-Bürgermeister Fischer zu Verhandlungen mit der Wohnungsgenossenschaft für eine Senkung der horrenden Miete für den Wiesenfelder Kindergarten auf ortsübliches Niveau aufforderten – doch die SPÖ stimmte dagegen. ÖVP und die Liste „St. Veit Miteinander“ votierten für den FPÖ-Antrag. „Fast noch absurder als diese extremen Mietkosten war Bürgermeister Fischers Aussage gegenüber den NÖN, wonach man hier ‚äußerst steuerschonend‘ gearbeitet habe. Was bei einer Monatsmiete von rund 10.000 Euro ‚äußerst steuerschonend‘ sein soll, versteht man offenbar nur mit Babler-Logik“, so Schönthaler, der daraus folgerte: „Die SPÖ setzt den Rotstift lieber bei der Bevölkerung an, anstatt dort zu sparen, wo es notwendig wäre.“

Von FPÖ geforderte Online-Übertragung von Gemeinderatssitzungen kommt nun doch nicht – SPÖ und ÖVP plötzlich dagegen!

Erst wurde ein FPÖ-Antrag dafür einstimmig beschlossen, dann wollten SPÖ und ÖVP sie aber doch nicht: die von den Freiheitlichen geforderte Online-Übertragung des öffentlichen Teils von Gemeinderatssitzungen. Schon in der Dezember-Sitzung des Gemeinderates legten Rot und Schwarz ihre bemerkenswerte Kehrtwende hin – „zu teuer", hieß es plötzlich.

Für unseren Gemeinderat Thomas Kaiblinger, Mst ist diese Begründung „an Fadenscheinigkeit eigentlich nicht mehr zu überbieten": „Im Juni 2025 wurde unser Antrag für die Online-Übertragung noch einstimmig beschlossen, genauso ohne Gegenstimmen fiel dann die Abstimmung im Oktober über die Einholung von Angeboten und die Behandlung in der nächsten Sitzung aus. Eingeholt wurde von der SPÖ-Gemeindeführung aber entgegen des Beschlusses nur ein einziges Angebot, das absurde Kosten von 25.000 Euro vorsah. Das wirkt so, als hätte sich die SPÖ das Kostenargument selbst ‚gebastelt', weil man offenbar nie wirklich für Online-Übertragung war – und die ÖVP genauso wenig! Das nötige Equipment für die Umsetzung bekommt man nämlich weit günstiger, wenn nur der politische Wille dafür da ist."

Für die Freiheitlichen wurde damit eine Chance für eine modernere Bürgerkommunikation, für umfassende Information und die so wichtige Transparenz bei politischen Entscheidungsprozessen vertan. „Es besteht großes Interesse am politischen Geschehen in unserer Gemeinde. Die meist große Zahl an Zuschauern bei Gemeinde-



ratssitzungen zeigt das klar. Mit der Online-Übertragung hätte der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben werden können, unkompliziert von zu Hause aus via Smartphone, PC oder Tablet mit dabei zu sein oder sich später die Aufzeichnung anzuschauen, um sich so auch von den Debatten ein Bild machen zu können. Auch das ist nämlich eine Form der Bürgerbeteiligung, die aus freiheitlicher Sicht ohnehin überall weiter ausgebaut werden muss", so Gemeinderat Thomas Kaiblinger, Mst.





Niederösterreichs Landwirtschaft braucht Schutz:

Wir Freiheitliche fordern klares Nein zu Mercosur und EU-Beitritt der Ukraine

Die heimische Landwirtschaft steht massiv unter Druck. Während unsere niederösterreichischen Bauern höchste Standards bei Tierwohl, Umweltschutz und Lebensmittelqualität erfüllen, gelangen zunehmend Billigimporte aus Drittstaaten auf den europäischen Markt. Besonders das Mercosur-Abkommen sowie die Diskussion um einen EU-Beitritt der Ukraine sorgen für große Besorgnis.

Niederösterreich ist Österreichs wichtigstes Agrarbundesland. Die Landwirtschaft sichert Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung und die Versorgung mit heimischen Lebensmitteln. Dennoch mussten zwischen 2020 und 2023 bereits 2.900 landwirtschaftliche Betriebe in Niederösterreich aufgeben. Diese Entwicklung könnte sich weiter verschärfen.

Wir Freiheitliche fordern daher einen konsequenten Schutz unserer heimischen Betriebe. Es kann nicht sein, dass österreichische Landwirte unter strengsten Auflagen produzieren, während importierte Produkte oft nicht denselben Standards entsprechen. Die Politik muss faire Wettbewerbsbedingungen schaffen und die Interessen unserer Bauern entschlossen vertreten.

Auch ein EU-Beitritt der Ukraine wird die heimische Landwirtschaft massiv unter Druck setzen. Große Agrarkonzerne, niedrigere Produktionsstandards und günstigere Rahmenbedingungen werden unseren bäuerlichen Familienbetrieben erhebliche Nachteile bringen. Wer die österreichische Landwirtschaft erhalten will, darf diese Entwicklung nicht unterstützen.

Unsere Landwirte leisten einen unverzichtbaren Beitrag für Wirtschaft, Gesellschaft und die Versorgungssicherheit. Deshalb braucht es endlich politische Entscheidungen, die unseren Bauern Perspektiven geben und die heimische Lebensmittelproduktion stärken.



LAbg. Alexander Schnabel
Agrarsprecher

Wir Freiheitliche stehen klar an der Seite der heimischen Land- und Forstwirte. Unser Ziel ist eine starke, unabhängige Landwirtschaft, die auch kommenden Generationen eine Zukunft bietet. Dafür braucht es Schutz statt Billigimporte und eine Politik, welche die Interessen unserer Landsleute in den Mittelpunkt stellt.



Malermeister

Thomas Kaiblinger
Am Wasserturm 5/5
3162 Rainfeld
+43 660 / 357 80 50
maler.kaiblinger@gmail.com

- Malerei
- Anstrich
- Tapeten
- Stuckarbeiten
- Kreative Raumgestaltung
- Fassadengestaltung

MEISTER BETRIEB

Integration ist Pflicht, keine Option:

Neuer Integrationskodex durch freiheitliche Regierungsbeteiligung möglich



Martin Antauer
Landesrat

Die FPÖ steht klar gegen weitere Zuwanderung, vor allem aus kulturfremden Regionen. Denn wir sehen jeden Tag, welche Probleme entstehen, wenn Menschen zu uns kommen, die unsere Sprache nicht sprechen, unsere Werte nicht teilen und unsere Lebensweise ablehnen.

Viele dieser Zuwanderer wurden von der Bundesregierung in unser Land gelassen. Die Folgen spüren unsere Gemeinden, unsere Schulen, unsere Betriebe und unsere Bevölkerung.

Genau deshalb sagen wir in Niederösterreich klar: Wenn Menschen durch die falsche und verantwortungslose Migrationspolitik der Bundesregierung hierbleiben dürfen, dann müssen ausnahmslos alle ihren Beitrag leisten.

Dafür haben wir den neuen Integrationskodex geschaffen. Er stellt unmissverständlich klar: Integration ist Pflicht, keine Option. Wer in Niederösterreich leben will, muss Deutsch lernen, unsere Gesetze achten, unsere Werte respektieren und für sich selbst Verantwortung übernehmen.

Es darf nicht sein, dass der Staat zahlt, die Bevölkerung die Folgen trägt und manche glauben, sie müssten sich nicht anpassen. Seit die FPÖ in Niederösterreich mitregiert, werden die Dinge anders. Wir schauen nicht weg. Wir reden Probleme nicht schön. Wir setzen dort an, wo das Zusammenleben tatsächlich entscheidet: bei Sprache, Arbeit, Schule, Wohnen, Sicherheit und Respekt vor unserer Rechtsordnung.

Deutsch ist der Schlüssel. Wer unsere Sprache nicht spricht, kommt in der Schule nicht mit, findet schwer Arbeit und bleibt oft in Parallelgesellschaften hängen. Deshalb braucht es klare Deutschpflichten im Alltag, in Bildungseinrichtungen und im Kontakt mit Behörden.

Auch beim Arbeiten braucht es klare Regeln. Unser Sozialsystem ist für echte Notlagen da. Es darf aber kein dauerhaftes Lebensmodell sein. Wer arbeiten kann, muss arbeiten. Wer Hilfe bekommt, muss mitwirken.

Ebenso gilt: In Niederösterreich stehen unsere Gesetze über religiösen Sonderregeln, Ehrvorstellungen oder Traditionen, die nicht zu unserer Lebensweise passen. Gleichberechtigung, Rechtsstaat, Sicherheit und Respekt sind nicht verhandelbar.

Wer sich integriert, Deutsch lernt, arbeitet und unsere Regeln achtet, kann Teil unserer Gemeinschaft sein. Wer das verweigert, muss mit Konsequenzen rechnen. Hier ist die Bundesregierung gefordert, konsequente Abschiebungen endlich in die Tat umzusetzen. Denn wer unsere Regeln missachtet, unsere Werte ablehnt oder straffällig wird, darf nicht in unserem Land bleiben.

Das ist der neue Kurs in Niederösterreich: weniger Schönreden, mehr Klarheit. Weniger falsche Toleranz, mehr Ordnung. Und vor allem mehr Fairness gegenüber allen, die sich an die Spielregeln halten.

Euer Sicherheitslandesrat
Martin Antauer